



T +41 31 326 66 07
E gaelle.lapique@gruene.ch

Eidgenössisches
Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern
Per E-Mail verschickt
vernehmlassungen@estv.admin.ch

Bern, 17. Juli 2017

Vernehmlassung zur steuerlichen Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Rahmen der Vernehmlassung zur steuerlichen Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten haben Sie die Grüne Partei der Schweiz zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zum Geschäft äussern zu können.

Die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung ist für Familien in der Schweiz zu teuer: Im internationalen Vergleich übernimmt die öffentliche Hand in der Schweiz einen viel kleineren Anteil der Kosten. Entsprechend höher ist der Beitrag der Eltern. Die Grünen begrüßen deshalb, dass das Problem endlich angepackt werden soll. Der Handlungsbedarf ist unbestritten. Allerdings stehen wir Steuerabzügen generell kritisch gegenüber. Als Alternative zu einer Erhöhung der Steuerabzüge schlagen wir vor, die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung für alle Eltern grundsätzlich zu vergünstigen. Die öffentliche Hand muss endlich mehr finanzielle Verantwortung übernehmen, finanziert durch progressive Einkommenssteuern und eine angemessene Unternehmenssteuerung. Einzelne Kantone sind hier mit gutem Beispiel vorangegangen.

Von Steuerabzügen profitieren vor allem gutverdienende Eltern. Durch Steuerausfälle bedingte Abbaumassnahmen treffen im Gegenzug wenigverdienende Eltern überproportional. Dazu kommt: Die Entlastung von gutverdienenden Eltern trifft laut diversen Studien Steuerabzüge den Kern der Sache nicht. Dass sich eine Erwerbsarbeit für gutverdienende Eltern oftmals nicht lohnt, liegt in erster Linie an den hohen Betreuungskosten. Diese Schlussfolgerung haben mehrere Studien gezogen. So zum Beispiel die Studie «Arbeiten lohnt sich nicht – ein zweites Kind noch weniger. Zu den Auswirkungen einkommensabhängiger Tarife auf das (Arbeitsmarkt-)Verhalten der Frauen» von Monika Büttler (2007) oder die Studie der Abteilungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern der Kantone Zürich und Basel-Stadt «Familienfreundliche Steuer- und Tarifsysteme – Vergleich der Kantone Basel-Stadt und Zürich» (2012).

Statt die Steuerabzüge zu erhöhen ist es sinnvoller, die familienexterne Kinderbetreuung stärker zu subventionieren und die Betreuungskosten zu senken. So kann der Anteil der Eltern an den Kinderbetreuungskosten effizient gesenkt werden. Davon profitieren alle Eltern, auch im Mittelstand. Zusätzlich sollte der Beitrag der Wirtschaft erhöht werden.

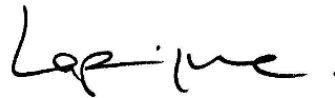
Für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie reichen auch die vorgeschlagenen Massnahmen nicht. Es braucht zusätzlich gezielte und soziale Massnahmen: mehr qualitativ hochstehende Betreuungsplätze, Blockzeiten in den Schulen, flexiblere Arbeitsmodelle, Elternurlaub, Teilzeitarbeit für Väter, Lohngleichheit.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und bitten Sie, die Vorlage von einem Steuerabzugs- auf ein Subventionsmodell umzustellen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Regula Rytz
Präsidentin



Gaëlle Lapique
Fachsekretärin

grüne / les verts / i verdi
waisenhausplatz 21 . 3011 Bern .